



II- 9404 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich
DER BUNDESKANZLER

Wien, am 29. Jänner 1982

Zl. 410.140/92-IV/1/81

Schriftl.parl.Anfrage Nr. 1533/J
der Abg.z.NR Dipl.Ing. RIEGLER und Gen.
betr. Studie des BKA im Rahmen der
Sonderaktion zur Stärkung entwicklungs-
schwacher Räume in Berggebieten Öster-
reichs

1566/AB

1982 -02- 03

zu 1533/J

Herrn

Präsidenten des Nationalrates
Anton BENYA

1010 W i e n

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dipl.Ing. RIEGLER
und Genossen haben am 2. Dezember 1981 unter der
Nr. 1533/J folgende parlamentarische Anfrage an
mich gerichtet:

"Vom Bundeskanzleramt, Sektion IV, Abteilung 6 (Raum-
planung), wurde im Rahmen der Schriftenreihe Raumplanung
für Österreich als Band 1/81 (Eigenständige Regional-
entwicklung - Ein Weg für strukturell benachteiligte
Gebiete in Österreich" von Dr. H. GLATZ und Dr. G.
SCHEER, vom Institut für Höhere Studien verfaßt,
herausgegeben. Diese Studie "Regionalpolitik mit Hilfe
eines Programmes autozentrischer Entwicklung" wurde als
Begleituntersuchung zum ersten Versuch einer integrierten
und regionalen Förderung in verschiedenen Wirtschaftsbe-
reichen im Rahmen der "Sonderaktion des Bundeskanzler-
amtes zur Stärkung entwicklungsschwacher Räume in
Berggebieten Österreichs" in Auftrag gegeben. Im Anhang
zur genannten Veröffentlichung hat die Abteilung 5

./.

- 2 -

der Sektion I des Bundeskanzleramtes (Umfassende Landesverteidigung), die wesentlichsten Ergebnisse einer ebenfalls beim Institut für Höhere Studien in Auftrag gegebenen Studien, "Politik der autozentrischen Entwicklung und Krisenvorsorge", veröffentlicht.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundeskanzler nachstehende

A n f r a g e :

1. Wie hoch waren die Kosten für die beiden genannten Studien und für die Veröffentlichung?
2. Wann wurden die beiden Studien in Auftrag gegeben und wann wurden sie dem Bundeskanzleramt abgeliefert?
3. Sind die beiden Studien ausreichend aktuell, um als Entscheidungshilfe dienen zu können; z.B. enden die Daten die Landwirtschaft betreffend im Jahre 1977 (Studie "Regionalpolitik mit Hilfe eines Programmes autozentrischer Entwicklung", Abb.1, 2)?
4. Ist die Studie "Regionalpolitik mit Hilfe eines Programmes autozentrischer Entwicklung" Ihrer Ansicht nach ausreichend ausgewogen und problemadäquat abgefaßt, wenn von den ersten 40 Seiten, die im wesentlichen der Problemdarstellung dienen, rund 15 Seiten der Land- und Forstwirtschaft, 5 Seiten Industrie und Gewerbe, 3 Seiten dem Fremdenverkehr sowie nur je ca. 1 Seite dem Infrastrukturausbau und der Schul- und Bildungspolitik gewidmet sind?
5. Wie lautete die Aufgabenstellung an das Institut für Höhere Studien zur Studie "Politik der autozentrischen Entwicklung und Krisenvorsorge"?

- 3 -

6. Wird Ihrer Ansicht nach die Studie "Politik der autozentrischen Entwicklung und Krisenvorsorge" in ihrem Inhalt dem Auftrag und dem umfassend angelegten Titel gerecht?
7. Welche Aussagen trifft die Studie zu anderen Wirtschaftsbereichen, da in der Zusammenfassung des Bundeskanzleramtes Sektion I/Abteilung 5 (Umfassende Landesverteidigung) nur der Sektor Land- und Forstwirtschaft angesprochen ist?
8. Ist an eine Veröffentlichung der gesamten Studie gedacht?
9. Wurde die Studie "Politik der autozentrischen Entwicklung und Krisenvorsorge" auch anderen Gremien, insbesondere dem "Arbeitsausschuß für wirtschaftliche Landesverteidigung" beim Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie und seinem Arbeitskreis "Ernährungswirtschaft/Nahrungsmittelproduktion und Versorgung", zur Kenntnis gebracht und wie lauten deren Stellungnahmen?"

Ich beehre mich, die Anfrage wie folgt zu beantworten:

Einleitend darf angemerkt werden, daß die Bundesregierung vor knapp zwei Jahren mit der Einrichtung der "Sonderaktion des Bundeskanzleramtes zur Stärkung entwicklungsschwacher ländlicher Räume in Berggebieten Österreichs" eine neue Förderungsmöglichkeit geschaffen hat, die als Versuch der Förderung der regionalen Selbsthilfe betrachtet werden kann. Nachdem bisher weder nationale noch internationale Beispiele für eine derartige Regionalförderung vorliegen, erschien eine begleitende wissenschaftliche Untersuchung der Sonderaktion sinnvoll. Nachdem Dr. Hans GLATZ und Dr. Günter SCHEER, Assistenten am Institut für Höhere Studien, sich bereits seit längerem mit den Möglichkeiten eigenständiger Regionalentwicklung beschäftigen, hat das Bundeskanzleramt, Sektion IV, eine der-

- 4 -

artige wissenschaftliche Begleituntersuchung mit dem Titel "Regionalpolitik mit Hilfe eines Programmes autozentrierter Entwicklung" beim Institut für Höhere Studien in Auftrag gegeben. Zum Aufgabengebiet der wirtschaftlichen Landesverteidigung zählt es auch, Grundlagenforschung zur Frage der Krisenvorsorge zu betreiben. Nachdem das Konzept der autozentrierten Entwicklung v.a. für entwicklungsschwache ländliche Regionen geeignet erscheint und wesentliche Teile der Grenzgebiete zu den östlichen Nachbarstaaten zu diesen entwicklungsschwachen ländlichen Räumen zu zählen sind, war es nur naheliegend, die Politik der autozentrierten Entwicklung aus dem Blickwinkel einer aktiven Krisenvorsorge untersuchen zu lassen. Die Beauftragung eines mit dieser Thematik vertrauten Forschungsteams am Institut für Höhere Studien erschien zweckmäßig.

Nachdem die Ergebnisse dieser Studie "Regionalpolitik mit Hilfe eines Programmes autozentrierter Entwicklung" nicht nur für den Kreis von befaßten Politikern und Beamten von Bedeutung ist, hat sich das Bundeskanzleramt entschlossen, eine Zusammenfassung der Studie in der Schriftenreihe "Raumplanung für Österreich" Heft I/81 zu veröffentlichen. Die Abteilung Umfassende Landesverteidigung im Bundeskanzleramt war eingeladen, im Anhang des genannten Heftes einzelne veröffentlichungsreife Ergebnisse der Studie "Politik der autozentrierten Entwicklung und Krisenvorsorge" zu veröffentlichen.

Zu Frage 1:

Die Kosten für die Studie "Politik der autozentrierten Entwicklung und Krisenvorsorge" betrugen S 496.800,--. Die Kosten für die Studie "Regionalpolitik mit Hilfe eines Programmes autozentrierter Entwicklung" betrugen S 291.600,--. Die Veröffentlichung einer Kurzfassung der letztgenannten Studie und der wesentlichsten veröffentlichungsreifen Ergebnisse der Studie "Politik der autozentrierten Entwicklung und Krisen-

- 5 -

vorsorge" in der Schriftenreihe "Raumplanung für Österreich" Heft I/81, betragen bei einer Auflage von 5.000 Exemplaren S 87.555,60.

Zu Frage 2:

Die Studie "Politik der autozentrierten Entwicklung und Krisenvorsorge" wurde im Dezember 1979 in Auftrag gegeben und im Dezember 1980 dem Bundeskanzleramt, Abteilung I/5 Umfassende Landesverteidigung, abgeliefert.

Die Studie "Regionalpolitik mit Hilfe eines Programmes autozentrierter Entwicklung" wurde im Dezember 1979 in Auftrag gegeben und im Dezember 1980 dem Bundeskanzleramt, Abteilung IV/6, Raumplanung, abgeliefert.

Zu Frage 3:

Die Studie "Regionalpolitik mit Hilfe eines Programmes autozentrierter Entwicklung" ist eine wissenschaftliche Begleituntersuchung zu einem neuen regionalpolitischen Instrument. Zur Charakterisierung der langfristigen Trends in der Agrarpolitik als Hintergrundinformation zur Problematik in den entwicklungsschwachen ländlichen Räumen in den Berggebieten Österreichs erscheint die getroffene Auswahl der Daten ausreichend. Dies trifft insbesondere für die beiden oben erwähnten Abb. 1 und 2 in Heft I/81 der Schriftenreihe "Raumplanung für Österreich" zu.

Abb. 1 stellt die Entwicklung der inneragrarischen Einkommensdisparitäten zwischen 1960 und 1977 dar. Das Auseinanderklaffen der Einkommensentwicklung zwischen agrarischen Grundlagen und Ungunstlagen während dieser 18 Jahre unterstreicht anschaulich die Notwendigkeit in den entlegenen Berggebieten Österreichs gezielte Regionalförderung zu betreiben, die auch von landwirtschaftlichen Betrieben in Anspruch genommen werden kann. Die im selben Heft veröffentlichte Abb. 2 stellt graphisch die Entwicklung der Marktleistung, des Inlandsverbrauches und der Exportstützung bei Milch im selben Zeitraum

- 6 -

von 1960 - 1977 dar. Zur Illustration folgender in der Veröffentlichung genannter Tatsache erscheint diese über 18 Jahre gehende Zeitreihe ausreichend: "Vielfach hat der Staat sich an den Kosten zur Verwertung der Überschüsse beteiligt. Die Ausgaben dafür sind in den letzten Jahren explodiert." (in: Raumplanung für Österreich, Heft I/81, S. 13).

Für die Studie "Politik der autozentrierten Entwicklung und Krisenvorsorge" erscheint die Aktualität der Daten und Unterlagen, die für diese Studie verwendet wurden, ebenfalls als ausreichend. Alle Länder, insbesondere auch die vielfach als Vorbilder angeführte Schweiz und Schweden, betreiben Grundlagenforschung auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik, um deren Grunddimensionen wie etwa die wirtschaftlichen bzw. strukturellen und sozialen sowie die gesellschaftspolitischen Zusammenhänge zu untersuchen. Es handelt sich hierbei durchwegs um Fragestellungen, die auf langfristige Entwicklungen und Perspektiven ausgerichtet sind. Für diese Kategorie der Forschungsarbeit erscheinen die verwendeten Daten jedenfalls als ausreichend.

Zu Frage 4:

Das Bundeskanzleramt hat bisher die Ausgewogenheit einer wissenschaftlichen Studie in keinem Fall nach der für die einzelnen Problemdarstellungen verwendeten Seitenzahl beurteilt, sondern versucht Studien vielmehr nach deren Inhalt zu beurteilen. Nachdem mehr als 70 % der Förderungsgebiete gemäß Richtlinien für die Vergabe von Förderungs-mitteln aus der "Sonderaktion des Bundeskanzleramtes zur Stärkung entwicklungsschwacher ländlicher Räume in Berggebieten Österreichs" in Konzeptregionen (Österr. Raumordnungskonzept) mit dominierendem bzw. hohem Landwirtschafts-anteil liegen, war es zweckmäßig, das Schwergewicht der

- 7 -

Untersuchung auf die Landwirtschaft zu legen. Darüber hinaus hatte die Förderungspraxis während der ersten beiden Jahre der Sonderaktion gezeigt, daß die Kooperation landwirtschaftlicher Betriebe bei der Veredelung und Vermarktung agrarischer Produkte wesentlich zur Einkommenssteigerung der Einzelbetriebe beitragen kann und eine Abwanderung der in der Landwirtschaft beschäftigten in andere Wirtschaftssektoren verhindert werden konnte. Gerade die schmale Einkommensbasis landwirtschaftlicher Betriebe in den Unterlagen hat in den vergangenen Jahren den Druck auf den nicht-agrarischen Arbeitsmarkt verstärkt. Die Verbesserung der Einkommenssituation der Landwirte hat daher auch konkrete Auswirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung der Gesamtregion.

Das Bundeskanzleramt betrachtet daher die vom Institut für Höhere Studien verfaßte Untersuchung durchaus als ausgewogen und problemadäquat, da die wesentlichen Probleme der regionalen Wirtschaftsentwicklung erfaßt wurden. Die Schwerpunktsetzung z.B. auf dem Gebiet der Schul- und Bildungspolitik ist deshalb nicht als wesentlich erachtet worden, da das Schulausbauprogramm der Bundesregierung wesentlich zur regionalen Chancengleichheit am Ausbildungssektor beigetragen hat.

Zu Frage 5:

Die Studie "Politik der autozentrierten Entwicklung und Krisenvorsorge" geht von der Fragestellung aus, welchen Beitrag eine Politik der "autozentrierten Entwicklung" peripherer Regionen zu einer aktiven Krisenvorsorge leisten kann. Dies insbesondere im Zusammenhang mit staats- und neutralitätspolitischen Zielsetzungen.

So etwa heißt es in einem Beschluß der Österreichischen Raumordnungskommission aus dem Jahre 1975:

- 8 -

"Es ist ein Gebot demokratischer Selbstbehauptung, daß auch an der Trennungslinie zwischen unterschiedlichen Gesellschaftssystemen der Beweis für die Übereinstimmung zwischen den Bedürfnissen der Bevölkerung und den gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen erbracht wird. Ein neutraler Staat kann es sich nicht leisten, daß durch den wirtschaftlichen Rückstand und einem ständigen Bevölkerungsverlust in den Grenzgebieten eine Verbesserung der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten erschwert wird. Es soll in Österreich ein Ausgleich der regionalen Unterschiede in den Lebensbedingungen der Bevölkerung angestrebt werden."

Zu Frage 6:

Das unter Punkt 3 angeführte Spektrum der Grundlagenforschung auf dem Gebiet der Sicherungspolitik ließ einen umfassenden angelegten Titel angebracht erscheinen. Das Institut für Höhere Studien bot als renommiertes Forschungsinstitut zudem die Gewähr für eine interdisziplinäre wissenschaftlich hochqualifizierte Bearbeitung des Projektauftrages.

Die Komplexität der Fragenstellung führte im Zuge der Projektdurchführung zwangsläufig zu einer Gegenstandsabgrenzung und Eingrenzung des Themas.

Angesichts der - im Vergleich zum Ausland - frühen Phase der sicherheitspolitischen Forschung in Österreich, waren überdies konkrete und unmittelbar umsetzbare Ergebnisse für die umfassende Landesverteidigung noch kaum zu erwarten.

Zu Frage 7:

In dem vom Bundesministerium für Landesverteidigung erarbeiteten "Grundlagen zur Raumordnung, Raumplanung und Landesverteidigung"

- 9 -

wird die

"Aufrechterhaltung einer regional ausgewogenen Bevölkerungsverteilung, insbesondere die Stabilisierung der Bevölkerung in den Abwanderungsgebieten, die Förderung der Überlebenschancen von Regionen im Agressionsfall, insbesondere durch entsprechende infrastrukturelle Grundausstattung, die Verbesserung der Widerstandsfähigkeit der Infrastruktur gegen Waffenwirkung..."

gefordert.

Unbestritten ist, daß ein hoher Selbstversorgungsgrad Österreichs bei Nahrungsmitteln und Getränken wesentlicher Bestandteil der aktiven Krisenvorsorge sein muß. Ebensolches Gewicht ist auch dem Grundsatz der Dezentralisation beizumessen, da eine möglichst dezentrale Versorgung im Hinblick auf Ausfälle und ihre multiplikativen Auswirkungen die "sicherste" Versorgung darstellt. In Verfolgung dieser beiden sicherheitspolitisch motivierten Zielrichtungen ergab sich daher die Notwendigkeit, die Aussagen der Studie auf die Frage zu konzentrieren, ob bei der Sicherung der Ernährungsbasis und somit im landwirtschaftlichen Produktionsbereich eine stärkere regionale Autarkie erreichbar ist.

Zu Frage 8:

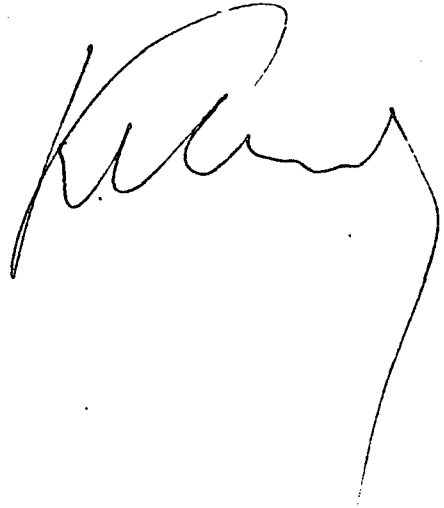
Weder an eine Veröffentlichung der Studie "Regionalpolitik mit Hilfe eines Programmes autozentrierter Entwicklung" noch der Studie "Politik der autozentrierten Entwicklung und Krisenvorsorge" in gesamter Länge ist wegen der hohen Kosten eines derartigen Vorhabens gedacht.

Zu Frage 9:

Das Bundeskanzleramt, Abteilung I/5, hat dem Arbeitsausschuß "Wirtschaftliche Landesverteidigung" bereits anlässlich seiner Sitzung im Juni 1977 einen ausführlichen Bericht über

- 10 -

die ho. Auftragsforschung auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik erstattet. Die letzte Tagung des Arbeitsausschusses "W" fand im Oktober 1979 statt. Das Bundeskanzleramt, Abteilung I/5, wird bei nächster Gelegenheit in diesem Gremium, in dem auch alle Arbeitskreise vertreten sind, wiederum ausführlich über alles zwischenzeitig durchgeführten Projekte berichten.'

A handwritten signature in black ink, consisting of several loops and a long vertical stroke at the end, positioned to the right of the main text block.